

BERLINER RUNDSCHAU



Was ändert
sich mit dem
Asylpaket II?



Frank Henkel
begrüßt schär-
feres Asylrecht

Frank Henkel: Schärferes Asylrecht hilft, Flüchtlingskrise zu bewältigen

Ende Januar beschloss die CDU-geführte Bundesregierung das so genannte „Asylpaket II“, welches zu einer erneuten Verschärfung des deutschen Asylrechts führt.

„Es ist eine gute Nachricht, dass das Asylrecht weiter verschärft werden soll“, erklärte der Landesvorsitzende, Senator für Inneres und Sport sowie Bürgermeister von Berlin, Frank Henkel. „Diese Kurskorrektur ist wichtig, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen.“, so Henkel.

Das „Asylpaket II“ sieht u.a. vor, dass bestimmte Gruppen von Asylbewerbern in neuen Aufnahmeeinrichtungen ihr Asylverfahren im Schnellverfahren durchlaufen, um abgelehnte Antragsteller zügig wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Dazu gehören z.B.

Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ sowie Flüchtlinge mit Wiedereinreiseperrn oder Folgeanträgen. „Die Zahl der Asylbewerber, die in unser Land kommen, muss deutlich reduziert werden“, betont der CDU-Landeschef Frank Henkel. „Mit den zusätzlichen Maßnahmen können wir diesem Ziel einen Schritt näherkommen“, so Henkel weiter.

Generell sollen mit dem „Asylpaket II“ Abschiebungen erleichtert werden. Künftig sollen nur noch schwere Krankheiten, wenn etwa Lebensgefahr droht, eine Abschiebung verhindern. Verschärft werden sollen auch die Regeln für das Ein-



reichen von Attesten. Oft legen abgelehnte Asylbewerber ärztliche Atteste vor, um ihre Abschiebung zu verhindern. Um einem Missbrauch von Attesten entgegenzuwirken, schreibt das Gesetz Anforderungen dafür fest.

Auch beim Thema Familiennachzug hat sich die CDU mit ihrer Forderung durchgesetzt, den Familiennachzug für Flüchtlinge, die nicht unmittelbar persönlich verfolgt sind, aber dennoch nicht in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, weil ihnen dort z.B. Folter oder Todesstrafe drohen (sog. „subsidiärer Schutz“), für zwei Jahre auszusetzen. „Die Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz wird uns voranbringen. Die Kapazität unseres Landes darf nicht weiter überstrapaziert werden“, begrüßt der Berliner Landesvorsitzende den Beschluss der Bundesregierung.

Darüber hinaus hat sich die unionsgeführte Bundesregierung darauf geeinigt, die Liste der sicheren Herkunftsländer um Marokko, Algerien und Tunesien zu erweitern. Asylbewerber aus diesen Ländern sollen so schneller wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden. „Vor allem von der Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsländer verspreche ich mir zusätzliche Entspannung“, erklärt der Berliner Innensenator Henkel. Menschen ohne Bleibeperspektive müsse deutlich gemacht werden, dass sich der Weg nach Europa für sie nicht lohnt. „Vergleichbare Lösungen für die Westbalkanstaaten haben sich bereits als wirksam erwiesen“, betont Frank Henkel. Bereits im Jahr 2014 hatte die CDU erreicht, dass Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden sind, im Oktober 2015 verständigte sich die CDU-geführte Bun-

desregierung darauf, Albanien, Montenegro und Kosovo ebenfalls in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufzunehmen. Etwa 30 Prozent aller Asylbewerber kamen 2015 aus diesen Westbalkanstaaten. Diese Zahl war besonders in der ersten Jahreshälfte sehr hoch und ging dann kontinuierlich zurück. Ende des Jahres kamen weniger als zwei Prozent der in Deutschland registrierten Flüchtlinge aus diesen Ländern. Die Einstufung der drei Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten bedarf jedoch noch der Zustimmung der rot-grünen Landesregierungen im Bundesrat.

Das „Asylpaket II“ ist eine von zahlreichen Maßnahmen zur Verschärfung des deutschen Asylrechts, die die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel seit dem Sommer 2015 beschlossen und umgesetzt hat. Verglichen mit den Zahlen im vergangenen Herbst kommen heute deutlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland. Vorerst gibt es in Deutschland wieder Grenzkontrollen, sodass mittlerweile

höchstens noch drei Monate warten, früher waren es sechs Monate. Darüber hinaus sollen Asylsuchende ihr Asylrecht bzw. ihren Flüchtlingsstatus verlieren, wenn sie wegen begangener Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von einem Jahr verurteilt worden sind – und zwar unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Deutschland hilft außerdem, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen – durch den Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ und eine bessere Versorgung von Flüchtlingen in den Krisenregionen.

All diese nationalen Maßnahmen können jedoch nur ein Teil der Lösung der internationalen Flüchtlingssituation sein. Entscheidend ist, dass auch auf europäischer und internationaler Ebene gemeinsame Maßnahmen mit den europäischen Partnern beschlossen werden. Hierzu zählt vor allem, die EU-Außengrenzen besser zu schützen und Schleuserbanden zu bekämpfen. Bei einem EU-Sondergipfel gemeinsam



Frank Henkel: „Menschen ohne Bleibeperspektive muss deutlich gemacht werden, dass sich der Weg nach Europa für sie nicht lohnt.“

nahezu alle Flüchtlinge an der deutschen Grenze zu Österreich erkenntlich registriert werden. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive sollen konsequent und schneller abgeschoben werden. Die Zahl der Abschiebungen hat sich 2015 gegenüber 2014 verdoppelt. Die CDU hat auch durchgesetzt, dass viele Hindernisse für eine Abschiebung beseitigt wurden. Bundesländer dürfen nun mit Abschiebung

mit der Türkei im März soll entschieden werden, welche Maßnahmen darüber hinaus nötig sind, um die illegale Migration zu stoppen.



QR-Code für weitere Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik auf der Seite der CDU Deutschlands.

GROSSE STÄDTE BRAUCHEN ENTLASTUNG

„Die Ballungsgebiete und großen Städte brauchen eine Atempause“, ist sich Kai Wegner, Großstadtbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, sicher. Der CDU-Politiker, der zugleich Generalsekretär der Berliner Union ist, schaut besonders auch auf die Hauptstadt.



Um eine faire Verteilung der Schutzsuchenden sicherzustellen, fordert Wegner, sollte das Wohnortzuweisungsgesetz in novellierter Form wieder-

eingeführt werden. Dieses Gesetz war von 1989 bis 2009 in Kraft. Nach der Wende von 1989/90 kamen weit mehr als eine Million Spätaussiedler nach Deutschland. Vor diesem Hintergrund trug das Wohnortzuweisungsgesetz entscheidend dazu bei, ethnische Ghettoisierungen zu verhindern, die Belastung der öffentlichen Haushalte gerecht und gleichmäßig über die Fläche zu verteilen und einer nachlassenden Akzeptanz unter den Einheimischen entgegenzuwirken.

Das Gesetz ermöglichte, Aussiedler bei der Ankunft in Deutschland nach einem festgelegten Schlüssel auf die Bundesländer und auch innerhalb der Bundesländer auf die Kommunen zu verteilen. Die Aussiedler mussten für einen bestimmten Zeitraum an dem zugewiesenen Wohnort verbleiben und konnten auch nur dort Sozialleistungen beziehen. Das Gesetz band die Spätaussiedler für jeweils drei Jahre an einmal zugewiesene Wohnorte, sofern sie nicht anderswo einen Arbeitsplatz nachweisen konnten. Wegner: „Wir wollen, dass Integration gelingt. Ein Schlüssel dazu ist eine ausgewogenere Flüchtlingsverteilung in unserem Land.“

V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Redaktion: Reitze, Schmelter, Pietsch, von Diest; Fotos: fotolia@blende11.photo, Reitze, iStock@Enderbirer, Yves Sucksdorff, CDU-Fraktion Berlin

„Die Kapazität unseres Landes darf nicht weiter überstrapaziert werden.“



Sondervermögen schafft extra Möglichkeiten

130 Millionen Euro extra für Schulen, Kitas, Sport- und Grünanlagen – Sondervermögen wachsende Stadt ist ein grosser Erfolg

„Der Investitionsfonds, Sondervermögen Infrastruktur für die wachsende Stadt“ (SIWA), den die große Koalition aus CDU und SPD erstmalig bereits im Jahr 2015 eingerichtet hat, ist ein wahres Konjunkturprogramm für Berlin. Aus dem Haushaltsjahr 2015 konnte nun ein Überschussanteil in Höhe von mehr als 130 Mio. Euro für Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur freigemacht werden: für Schulen, Kitas, Sport- und Grünanlagen. Nebenbei werden auch noch weitere Schulden in Höhe von knapp 200 Mio. Euro, ebenfalls aus dem Überschuss 2015, getilgt“, zeigt sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Florian Graf, hocherfreut. „Das SIWA ist ein voller Erfolg und eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft unserer Stadt“, so Graf weiter.

Bereits im vergangenen Jahr gab es aus dem Überschuss des Jahres 2014 ein SIWA1-Paket in Höhe von knapp 500 Mio. Euro. Mit diesem Geld konnten die ersten Investitionen für dringende Aufgaben im Bereich Schulen, Kitas, Bäder, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Polizei, Justiz oder Feuerwehr angegangen werden.

Und auch mit dem nun aufgelegten SIWA2-Paket gibt es weiteren zusätzli-

chen Spielraum zur Sanierung und Aufwertung der bezirklichen Infrastruktur. Neben einem großen Block in Höhe von



Vor Ort bei der Freiwilligen Feuerwehr Oberschöneweide, Florian Graf (4.v.l.) und Katrin Vogel (6.v.l.) und Bezirksstadtrat Michael Vogel (r.)

70,3 Mio. Euro für die Erweiterung von Schulgebäuden und 20 Mio. Euro für die Schaffung neuer Kita-Plätze, haben die

Koalitionsfraktionen insgesamt 22 Mio. Euro für besonders dringende Aufgaben in Absprache mit den Bezirken geplant. Allein 11 Mio. Euro wurden für mehr als 65 konkrete Einzelmaßnahmen seitens der CDU-Fraktion aufgeteilt.

Florian Graf: „Alle diese Investitionsmaßnahmen beschreiben dringliche und wichtige Projekte aus den Bereichen Bildung, Sport- und Spielplätze, Jugend und Grünanlagen. Hier geht es uns sowohl um die Aufwertung und Sanierung bestehender Anlagen, als auch um die Schaffung neuer Sportareale.“

In der Liste enthalten sind beispielsweise die geplante Sanierung der Grüna-

er Regattatribüne in Treptow-Köpenick, die Neuanlage des Spielplatzes im Stadtgarten Biesdorf oder auch die Sanierung des Stadions Finsterwalder Straße in Reinickendorf. Graf: „Daneben haben wir ca. 65 weitere Projekte, die sich allesamt in diesem Jahr realisieren lassen.“

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030.32 69 04-0 • Fax: 030.32 69 04-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen.

CDU